



Für eine offene und solidarische Schweiz

Referat von Christian Levrat, Ständerat FR, Präsident der SP Schweiz

Es gilt das gesprochene Wort.

Ich erinnere mich nur dunkel an den 4. Februar 1975. Der Grund ist: Ich war damals erst 5 Jahre alt. An jenem Datum nämlich wurde Margaret Thatcher an die Spitze der britischen Konservativen gewählt. Hingegen erinnere ich mich noch sehr gut an meine Eindrücke von 1992, als ich 22 Jahre alt war und ein Jahr in Grossbritannien verbrachte: Ein Service Public in Trümmern, ein Bildungssystem ohne Mittel, eine brutale Klassengesellschaft, Angestellte, die dem Willen ihrer Arbeitgeber ausgeliefert waren, ausgeblutete Gewerkschaften, ein Gesundheitssystem kurz vor dem Kollaps.

Um ehrlich zu sein, diese tägliche Erfahrung der Auswirkungen des Ultra-Liberalismus hat mich so tief geprägt, dass ich die freisinnige Partei – der ich damals noch angehörte – verliess um mich ein paar Jahre später der SP anzuschliessen.

Weshalb erzähle ich euch von all diesen Dingen? Weil ich kürzlich das Papier der FDP mit dem Namen «Unsere Lösungen gegen den starken Franken» gelesen habe. Es handelt sich um 18 Punkte, die direkt von den britischen Tories der 1980er Jahre inspiriert sind. Was also will Philipp Müller?

- Steuern senken (um rund 10 Milliarden), vor allem zugunsten der Unternehmen.
- Einen Einheitssatz bei der Mehrwertsteuer einführen, was für den Mittelstand und die tiefen Einkommen sehr schädlich wäre.
- Das Arbeitsrecht deregulieren, zum Beispiel indem in grenznahen Regionen Sonderzonen geschaffen werden, in den denen die Rechte der Angestellten abgeschwächt werden. Oder indem die Regelung der Arbeitszeiten aufgeweicht wird: Mehr Arbeitszeit, mehr Überstunden.
- Den Service Public auf das absolute Minimum reduzieren.
- Alle ambitionierten Projekte des Bundesrates bekämpfen: Keine Energiestrategie 2050, keine Massnahmen zugunsten der Lohngleichheit von Mann und Frau, keine Begrenzung der Löhne der Top-Manager, kein Markenschutz für Schweizer Produkte, keine «grüne Wirtschaft». Schlicht: Nein, nein, nein! Ein unglaublich konservatives Verständnis der Wirtschaft!

Ehrlich gesagt, dieses Programm könnte man glatt für ein 40 Jahre altes Programm der englischen Tories oder der amerikanischen Republikaner halten. Könnte vielleicht jemand Philipp Müller schonend beibringen, dass Ronald Reagan und Maggie Thatcher tot sind? Die Auswirkungen dieser Politik wären auch heute fatal, deshalb werden wir nicht zulassen, dass die Freisinnigen unsere Realwirtschaft in den Abgrund reiten. Dass sie den Service Public privatisieren und liberalisieren.

Wir müssen klar machen, dass es für uns nicht in Frage kommt, die Gewerkschaften zu schwächen, sondern dass sie im Gegenteil gestärkt werden müssen, um echte Sozialpartnerschaft zu garantieren. Dass die Bevölkerung genug von Sparprogrammen hat, von Kür-

zungen bei der Bildung oder bei der Prämienverbilligung. Dass die Menschen nicht mehr lange bereit sind, Steuergeschenke für die Wohlhabendsten und irrwitzige Saläre für einige wenige zu finanzieren.

Wirksame Massnahmen um die Angestellten vor dem starken Franken zu schützen

Genossinnen und Genossen,

Eins muss man der FDP lassen: Sie kämpft ohne Maske und mit offenem Visier. Auf die Frankenkrise wollen sie mit der Rückkehr zu einem Ultraliberalismus des letzten Jahrhunderts antworten. Wir hingegen wollen Solidarität. Klar ist: Wir müssen etwas gegen die Frankenstärke unternehmen, denn das ist eine Gefahr für unsere Arbeitsplätze. Aber wir müssen dabei durchdacht vorgehen. Wir fordern deshalb folgendes:

- Die SNB muss möglichst rasch einen Kurs zum Euro von mindestens Fr. 1.15 erreichen. Mittelfristig muss ein Kurs, der die Kaufkraftparitäten wiederspielt, das Ziel sein. Gemäss verschiedenen Studien dürfte das zwischen Fr. 1.35 und Fr. 1.40 liegen.
- In Koordination mit den Kantonalparteien setzt sich die SP Schweiz dafür ein, dass die Gewinnausschüttungen der SNB (insgesamt 2 Mrd.) hälftig für die Stärkung der Arbeitslosenversicherung sowie Weiterbildungsprogrammen bei der Kurzarbeit eingesetzt werden. Die zweite Milliarde muss vorwiegend im Bildungsbereich eingesetzt werden, um die dringend notwendige Aus- und Weiterbildungsoffensive zu finanzieren.
- Die SP Schweiz wird sich mit allen Mitteln gegen eine Ausweitung der Arbeitszeiten und Lohnkürzungen sowie Flexibilisierungen und Deregulierungen auf Kosten der Arbeitnehmenden einsetzen.
- Hersteller und Detailhändler müssen die Währungsgewinne an die Konsumentinnen und Konsumenten weitergeben. Die Revision des Kartellgesetzes muss dringlich wieder an die Hand genommen werden, damit die Importmargen den Konsumentinnen zugutekommen und gegen die Hochpreisinsel Schweiz vorgegangen werden kann.

Immerhin legen unsere Gegner auf der Rechten ihre Karten offen. Sie wollen die Steuern zugunsten der Unternehmen senken. Das bringt gar nichts. Denn die Unternehmen, die in Schwierigkeiten sind, zahlen ja gerade keine Steuern, sie kämpfen darum, überhaupt noch Gewinne zu machen, um ihren Kopf über Wasser zu halten, um Arbeitsplätze zu sichern. Die öffentliche Hand um 10 Milliarden Franken zu bringen, wie es die FDP will, ist schlicht unverantwortlich. Das ist nicht als blinde Ideologie.

Bezingen wir jene, die noch von der Schweiz des «Ancien Régime» träumen

Genossinnen und Genossen,

Die kommenden Wahlen werden entscheidend sein. Wir müssen auf der einen Seite gegen jene kämpfen, die aus der Schweiz ein europäisches Singapur machen möchten – ein Steuerparadies, in dem nur den Banken, den Finanzjongleuren, den Reichen gut geht, also jenen 10 Prozent der Bevölkerung, welche die FDP verteidigt.

Auf der anderen Seite jedoch ist es unsere Aufgabe, der offenen, solidarischen, gerechteren Schweiz Gehör zu verschaffen.

Jenen, die davon träumen, die europäische Menschenrechtskonvention zu kündigen, entgegen wir, dass die Menschenrechte die Antwort der Menschen auf die Schrecken des Zweiten Weltkriegs sind. Dass die Menschenrechte die Rechte unserer Mitbürgerinnen und Mitbürger vor Übergriffen des Staates schützen. Dass die Menschenrechte den Frieden zwischen Atlantik und Ural garantieren. Und dass die Menschenrechtskonvention ihre Wurzeln auch in unserer Schweizerischen Verfassung von 1848 hat.

Jenen, die Flüchtlinge im Mittelmeer ertrinken lassen, müssen wir mit einem Appell an die europäische Solidarität begegnen. Mit einer Asylpolitik, die unserer humanitären Tradition würdig ist. Die Schweiz hat Verfolgte aus Ungarn aufgenommen, sie war offen für Chileninnen und Chilenen, die vor Pinochet geflohen sind, sie hat Flüchtlingen aus Kosovo und Bosnien Schutz vor den Gräueln des Bürgerkriegs geboten. Sie darf sich nicht taub stellen gegenüber den Hilferufen der Männer und Frauen aus Syrien. Gewisse Kreise wollen keine Muslime mehr aufnehmen. Sie wollen muslimische Organisationen verbieten und Moscheen schliessen. Wir müssen den Mut haben, uns dagegen zu wehren; klar zu sagen, dass wir zehn Mal mehr syrische Flüchtlinge aufnehmen wollen als heute, dass wir den Frauen und Kindern, die in Flüchtlingslagern im Libanon, in der Türkei oder in Jordanien feststecken, dringend erlauben müssen, zu ihren Ehepartnern in die Schweiz zu kommen. Es geht natürlich zuallererst um die Würde der Flüchtlinge. Aber es geht auch um unsere Ehre als Schweizerinnen und Schweizer. Auf die Angst, den Hass und die Wut müssen wir mit Grosszügigkeit antworten. Der damalige norwegische Premierminister und heutige NATO-Generalsekretär Jens Stoltenberg hat auf die Attentate von Oslo und das Massaker von Utøya die richtigen Worte gefunden: Unsere Antwort auf den Terror wird mehr Demokratie, mehr Offenheit, mehr Toleranz sein. Das ist genau die Botschaft, die wir diesen Herbst vertreten müssen.

Jenen, die den freien Personenverkehr beenden und die Bilateralen versenken wollen, müssen wir entgegen, dass wir auf vernünftige Beziehungen mit unseren Nachbarn angewiesen sind, dass die Lösung nicht Isolation sondern Verhandlung heisst, dass wir nicht weniger, sondern mehr Europa brauchen. Der Bundesrat hat Recht. Die Einwanderungs-Initiative kann nur über Verhandlungen mit der EU umgesetzt werden. Und nur solange sie mit der Personenfreizügigkeit kompatibel ist. Jenen, die von Kontingenten und Inländervorrang träumen, müssen wir eine Bildungsoffensive entgegenhalten, gezielte Massnahmen um ältere Arbeitnehmende auf dem Arbeitsmarkt zu schützen, eine echte Lohngleichheit von Mann und Frau, Massnahmen, die Beruf und Familie vereinbar machen. Und: Eine Ausdehnung der Bilateralen Verträge mit der EU.

Jenen, die für sich in Anspruch nehmen, allein die Gesamtheit der Bevölkerung zu vertreten; jenen, die die direkte Demokratie nur als plebiszitäres Instrument gegen die Behörden verstehen, müssen wir ein vernünftiges Bild unserer Institutionen entgegen halten. Die Bevölkerung, das Parlament, der Bundesrat, die Gerichte – sie alle bilden ein grosses Ganzes. Sie tragen gemeinsam die Verantwortung, die richtigen Entscheide für unser Land zu treffen. Das „Volk“ ist keine Rekursinstanz gegen den Bundesrat oder das Parlament, sondern ein Akteur unter anderen. Unsere direkte Demokratie ist weltweit einzigartig. Sie gibt eine wichtige Verantwortung in die Hand der Bevölkerung. Die Verantwortung, Entscheide zu treffen,

welche die Schweiz als Ganzes betreffen. Deshalb ist es absurd und schädlich zu behaupten, «Schweizer wählen SVP». Das zeugt nicht nur von einer Arroganz und einem Grössenwahn, der leider niemand mehr überrascht. Vor allem zeugt es von einer totalen Unwissenheit über die Institutionen in unserem Land.

Die kommenden Wahlen werden entscheidend sein. Zwei Bilder der Schweiz treffen aufeinander: Einerseits jenes der Angst, der Isolation. Eine Schweiz, die von 1291 träumt, die Morgarten und Marignano feiern will. Eine Schweiz der Eliten, des Ancien Régime, der Untertanen. Und andererseits die Schweiz des Vertrauens, der Zuversicht, der Solidarität. Diese Schweiz, die wir vertreten und die nur wir mit der nötigen Kraft weiterentwickeln können. Die Schweiz der Freiheit, der Menschenrechte, der Gewaltenteilung, der demokratischen Rechte. Die Schweiz von 1848, von 1874, die Schweiz des Landesstreiks von 1918. Diese Schweiz feiert am 5. Mai den 70. Jahrestag des Endes des Zweiten Weltkriegs. Diese Schweiz trifft sich jedes Jahr am 12. September um die Verfassung von 1848 zu feiern.

Diese Wahlen werden sich zwischen ihnen und uns entscheiden. Und wir müssen sie gewinnen. Die Anhänger der Isolation müssen geschlagen werden. Die Thatcher-Nostalgiker müssen zusammen mit ihrer Ideologie zurückgewiesen werden. Die Siegerin muss die Schweiz der Öffnung, der Solidarität, des Vertrauens, der Zuversicht sein. Diese Schweiz des «alle gemeinsam» und nicht des «alle gegen alle». Diese Schweiz, die keinen am Wegrand liegen lässt. Diese herzliche, grosszügige Schweiz, diese Schweiz, die sich etwas zutraut, die daran glaubt, dass das Morgen besser sein wird als das Heute, dass unsere Kinder in einer besseren Welt leben – das ist unsere Schweiz. Und dafür braucht sie unsere Stimme, unseren Einsatz.

Zehn Vorschläge für mehr Lebensqualität

Wir werden kämpfen müssen. Wir alle müssen dafür sorgen, dass es uns am Ende der nächsten Legislatur besser geht als heute. Diese Wahlen geben uns die Gelegenheit, die schwierigen Fragen zu stellen: Jene nach unserem Verhältnis zu Europa und zur Welt natürlich. Die Frage nach unserer Migrationspolitik. Aber über diese zwei Themen hinaus, die wir an unseren letzten Versammlungen diskutiert haben und über die wir dutzende Seiten von Analysen und Vorschlägen geschrieben haben, brauchen wir ernsthafte Antworten auf konkrete Fragen, die die Wählerinnen und Wähler jeden Tag beschäftigen. Natürlich wählen uns viele, weil sie wissen, dass es eine starke Stimme gegen die nationalistischen und ultra-liberalen Auswüchse unserer Gegner braucht. Natürlich schätzen viele unseren Kampf für eine Schweiz der Offenheit und der Aufklärung gegen die identitäre und ökonomische Rückwärtsgewandtheit. Aber sie erwarten auch konkrete Antworten auf Fragen, mit denen sie im Alltag zu tun haben:

- Wie können wir Lohngleichheit zwischen Frau und Mann garantieren – und zwar schnell?
- Wie können wir ältere Arbeitnehmende besser schützen?
- Wie können wir genügend bezahlbaren Wohnraum zur Verfügung stellen?
- Wie können wir Familien gerecht unterstützen?
- Wie können wir die Last der Krankenkassenprämien auf das Haushaltsbudget reduzieren?

- Wie können wir sicherstellen, dass jeder und jede auch nach der Pensionierung in Würde leben kann?

Auf diese Fragen müssen wir Antworten liefern. Wir machen das in unserer Wahlplattform: Zehn Vorschläge um das Leben der Schweizerinnen und Schweizer zu verbessern, um die Solidarität zu stärken und zu beleben, um die Geringverdienenden zu unterstützen, um den Mittelstand zu entlasten. Diese Vorschläge ersetzen die grossen Debatten, die uns erwarten, nicht. Aber sie ergänzen sie. Es ist richtig, über Europa zu diskutieren, unsere offene Sichtweise der Zuwanderung zu verteidigen. Aber wir müssen darüber hinaus klar sagen, wie wir das Leben unserer Wählerinnen und Wähler verbessern wollen. SP wählen heisst, die Hoffnung auf ein besseres Leben zu haben.

Gemeinsam in den Wahlkampf

Ihr seht, wir sind bereits im Wahlkampf. Überall im Land stellen sich Dutzende von Kandidatinnen und Kandidaten zur Verfügung, bereit, die Botschaft einer geeinten Linken zu vertreten. Ich war an den meisten kantonalen Nominationsversammlungen und werde noch ein gutes Dutzend weitere besuchen. Und überall herrschte die gleiche Stimmung: Eine unerschütterliche Entschlossenheit sowie der Wille, die Linke in all ihren Facetten vertreten zu wollen. Die Linke der Gewerkschaften, der Verbände, der Umweltorganisationen, der Rentner, der Angestellten, der Mieter, der Migranten, der Auslandschweizer.

Es ist kein Zufall, wenn wir in fast allen Kantonen, Kandidatinnen und Kandidaten mit Migrationshintergrund haben. Es erstaunt mich ebenfalls nicht, auf unserer Listen Auslandschweizerinnen und Auslandschweizer zu sehen, zum Beispiel Tim Guldemann, Schweizer Botschafter in Berlin und Kandidat im Kanton Zürich. Das ist ein Abbild der Integrationskraft unserer Partei. Der Beweis, dass unsere Ansprachen über Offenheit und Brüderlichkeit nicht einfach tote Buchstaben bleiben. Das zeigt, dass die SP die internationalste unter den Schweizer Parteien ist.

Die Wahlen in Baselland haben uns eines gezeigt: Um zu gewinnen, müssen wir zusammenstehen. Der Gegner ist rechts, nicht bei den Grünen, mit denen wir möglichst flächendeckende Listenverbindungen eingehen wollen, und auch nicht bei den Parteien ganz links. Der Gegner sitzt bei den Nostalgikern des «Ancien Régime». Und bei jenen, die noch immer den Tod von Margaret Thatcher betrauern.

Wir werden zusammen gewinnen. Wir werden überall im Land tausende, zehntausende Gespräche führen um zu überzeugen, zu mobilisieren, um klar zu machen, was auf dem Spiel steht und um zu sagen, dass es hundertmal intelligenter ist, mit Vertrauen in die Zukunft zu gehen anstatt einer imaginären Vergangenheit nachzutruern. Zusammen werden wir dutzende, wenn nicht hunderte Stunden an Standaktionen oder am Telefon verbringen. Zusammen versprechen wir uns, in den kommenden Monaten immer und überall unsere Vorschläge und unsere Kandidatinnen und Kandidaten zu verteidigen. Jedes Mal wenn in unserer Familie jemand unsere Positionen kritisiert, wenn Zweifel über diesen oder jenen Kandidaten auftauchen, müssen wir reagieren, widersprechen, argumentieren und überzeugen. Schweigen ist keine Option! Ob am Familientisch, in der Garderobe unseres Sportklubs, in der Bar, oder auf der Strasse: Wir müssen das Gespräch suchen, die nötige Energie aufbringen und wenn nötig Widerspruch ertragen können.

Zusammen können wir diese Wahlen gewinnen. Genau gesagt: Wir müssen sie gewinnen. Weil sie mehr noch als je zuvor entscheidend sein werden für die Zukunft unseres Landes. Die Wahlen werden uns sagen, ob die Schweiz der Angst und der Isolation besiegt werden kann. Ob wir hoffen können, die Mentalitäten zu verändern und das Leben der Menschen zu verbessern – für alle statt für wenige. Genossinnen und Genossen, diese Herbst ist die Niederlage schlicht keine Option. Also gehen wir vorwärts. Es lebe die Schweiz, die etwas wagt, es lebe die Schweiz der Offenheit, die Schweiz der Solidarität und die Schweiz der Gerechtigkeit.